

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

100. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 25. März 2004

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Wolfgang Schäuble, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 35 und 87 a)** (Drucksache 15/2649)

.....
9038 D

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Wolfgang Schäuble, Hartmut Koschyk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)**

– Drucksache 15/2649 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Verteidigungsausschuss

Auch hier ist vorgesehen, die Reden zu Protokoll zu nehmen. Es handelt sich um die Reden der Kolleginnen und Kollegen Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast von der SPD-Fraktion, Jürgen Herrmann und Stephan Mayer von der CDU/CSU-Fraktion, Silke Stokar von Neuforn vom Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Max Stadler von der FDP-Fraktion, Petra Pau, fraktionslos, und des Parlamentarischen Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper für die Bundesregierung.¹

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 15/2649 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 35 und 87 a)** (Tagesordnungspunkt 12)

¹ Anlage 5

Petra Pau (*fraktionslos*): Erstens. Die PDS im Bundestag lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Es gibt gute Gründe, bei der Ablehnung zu bleiben, und schlechte Anlässe, anderes zu wollen. Leider sucht und findet die CDU/CSU immer wieder schlechte Anlässe für ihr Begehren; es wird dadurch nicht besser. Das Gebot der Trennung zwischen Polizei und Armee hat triftige – historische und sachliche – Gründe. Obendrein ist sie im Grundgesetz geregelt.

Zweitens. Ich weiß wohl, dass auch das Grundgesetz nicht immer der letzte Stein der Weisen ist. Es ist – sofern es nicht die Substanz der Demokratie und der Menschenwürde betrifft – änderbar. Interessant ist allerdings, wann und wo die CDU/CSU bereit ist, Änderungen am Grundgesetz vorzunehmen: Als es um die deutsche Einheit ging, lehnte sie jede Reform ab. Als es um die Einschränkung des Asyls ging, war sie sofort bereit. Wenn es um mehr Demokratie geht, dann sagt die CDU/CSU immer Nein. Wenn es um die Militarisierung geht, dann ist sie stets vornweg. Allein das lässt schon an ihrer Lauterkeit zweifeln.

Drittens. Das Grundgesetz lässt bereits jetzt drei Ausnahmen zu, bei denen die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann. Dabei handelt es sich wohl bemerkt um Ausnahmen. Die CDU/CSU aber will die eng gefassten Ausnahmen zum Dauerfall machen, und das mit überaus durchsichtigen Scheinargumenten. So heißt es: „In Afghanistan leisten Soldaten Polizeidienst. Warum sollten sie das nicht auch dürfen?“ Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ein Fehler im Ausland begründet keinen weiteren im Inland.

Viertens. Hinzu kommt: Der Antrag der CDU/CSU öffnet jedem Missbrauch Tür und Tor. Wichtige Hemmschwellen könnten fallen. Ich kenne niemanden, der sich Panzer in seinem Alltag – auf dem Weg zum Bahnhof oder bei Demonstrationen gegen Sozialabbau bzw. Kriege – wünscht. Genau solche Einsätze sieht aber ihr Antrag vor. Sie wollen einen Freibrief für „drohende Katastrophen oder Unglücksfälle“, also für präventive Einsätze. Genau das aber kennt das Völkerrecht – wohl bedacht – nicht. Wir, die PDS im Bundestag, wollen ihn auch nicht, zumal er ein grundlegender Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit wäre.